

Mut zur Mehrwertsteuer

Eine höhere Umsatzsteuer gilt in Deutschland als unsozial – dabei wäre es höchst gerecht, über diesen Weg eine Reform der Sozialsysteme zu finanzieren **VON SEBASTIAN DULLIEN**

Es gibt Worte, die lösen in Deutschland reflexartige Reaktionen aus. „Mehrwertsteuererhöhung“ ist eines dieser Worte. Während über weitere Senkungen des Spitzensteuersatzes unverkrampft und teils unkritisch debattiert wird, bleibt eine höhere Umsatzsteuer ein Tabu. Dies musste in der vergangenen Woche auch Unions-Fraktionsvize Friedrich Merz erfahren, der den Umbau der Krankenversicherung über eine höhere Mehrwertsteuer finanzieren wollte.

Unfair und unsozial sei ein solcher Schritt, prasselte es auf Merz nieder. Vor allem die Armen würden belastet, so der Volksglaube. Unionschefin Angela Merkel sah sich gar genötigt, die Debatte mit einem Machtwort zu beenden. Dabei wäre eine höhere Mehrwertsteuer zum Umbau der Sozialsysteme weit gerechter, als es die kollektiven Vorurteile vermuten lassen.

Die Mär von der Verteilungswirkung

Zuerst ist die These falsch, die Einkommensschichten am untersten Rand würden durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer am stärksten betroffen. Zahlreiche Studien, unter anderem vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, aber auch vom gewerkschaftsnahen WSI, legen nahe, dass die Belastung durch die Mehrwertsteuer zunächst progressiv verläuft und erst ab einer gewissen Grenze abflacht. Der Grund: Auf Mieten, die bei Geringverdienern einen besonders großen Anteil der Ausgaben ausmachen, wird überhaupt keine Mehrwertsteuer erhoben. Und Lebensmittel, ein ebenfalls großer Ausgabenposten für die weniger Betuchten, werden nur mit dem reduzierten Satz von sieben Prozent besteuert.

Nach DIW-Berechnungen steigt die derzeitige Belastung durch die Mehrwertsteuer von 9,9 Prozent des verfügba-

ren Einkommens bei den Ärmsten auf 10,2 Prozent bei einem Verdienst um 1400 € und fällt danach langsam ab. Bei einem Vorstandsvorsitzenden, der die Hälfte seines Monateinkommens von 50.000 € ausgibt, liegt sie immer noch deutlich über fünf Prozent des Einkommens.

Man mag einwenden, dass es dennoch unsozial ist, Steuerzahler mit mittlerem Verdienst relativ stärker zu belasten als Einkommensmillionäre. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass eine höhere Mehrwertsteuer als Element im Umbau der sozialen Sicherungssysteme diskutiert wird – etwa um Geringverdienern einen Zuschuss zur Gesundheitsprämie zu zahlen, wie es die Union vorschlägt.

Die aktuelle Regelung der Beitragspflicht bei der gesetzlichen Krankenversicherung hat wesentlich ungerechtere Verteilungswirkungen als die Mehrwertsteuer: Die Belastung bleibt unter einem Monateinkommen von rund 3500 € zunächst konstant bei knapp sieben Prozent, fällt danach aber rapide ab. Bereits bei einem Einkommen von 12.000 € liegt die Belastung nur noch bei etwa zwei Prozent, bei dem Vorstandsvorsitzenden mit einem Monateinkommen von 50.000 € liegt sie bei einem halben Prozent. Versichert er sich gar privat, trägt er gar nicht mehr zum Solidarsystem bei. Die Mehrwertsteuer ist also sozial ausgewogener als eine Finanzierung über Kassenbeiträge.

Gerechter wäre eine höhere Mehrwertsteuer gepaart mit den von Merz vorgeschlagenen Gesundheitsprämien aber auch, weil endlich Schwarzarbeiter zur Finanzierung der Sozialversicherungen beitragen müssten: Zwar würden sie im Zweifel weiter in der Schattenwirtschaft arbeiten, irgendwann müssen sie aber ihr Geld für Einkäufe oder anderen Konsum ausgeben, wo die Mehrwertsteuer fällig wird.

Dem kommt zugute, dass die Erhebung dieser Steuerart nur schwer zu umgehen ist. Zwar gibt es innerhalb der EU einen gewissen Mehrwertsteuerbetrug durch gefälschte Rechnungen und fingierte Rückerstattungsansprüche. Diese Praktiken sind allerdings eher als Organisierte Kriminalität denn als Steuerhinterziehung zu bewerten.

Leichte Kontrollierbarkeit

Im nationalen Wirtschaftszusammenhang, etwa im Einzelhandel und in der Gastronomie, ist es mit einfachen Mitteln möglich, die Erhebung von Mehrwertsteuern durchzusetzen. Selbst Ländern wie Italien und Argentinien, die für den notorischen Mangel an Steuerehrlichkeit ihrer Bürger bekannt sind, gelingt es, diese Steuer einzuziehen: In Italien erhält jeder Kunde beim Einkauf oder im Café einen maschinengedruckten Kassenbon. Kann er beim Verlassen des Restaurants oder Geschäfts die Quittung nicht vorweisen, drohen drakonische Strafen. In Deutschland sind solche Maßnahmen wohl nicht nötig: Bei der Mehrwertsteuer herrscht bei uns bislang große Steuerehrlichkeit.

Die Merz-Vorschläge würden auch endlich jene zur Kasse bitten, die als Großverdiener alle Tricks nutzen, um die deutsche Einkommensteuer zu umgehen. Ein Spitzensportler, der seinen Wohnsitz nach Monaco verlegt, tatsächlich aber in München lebt und in der Szene-Edeldisko seinen Champagner trinkt, würde ebenso zur Finanzierung der Krankenkassen beitragen wie der Unternehmer, der durch geschickte Verlagerung seines offiziellen Firmensitzes ins Ausland die deutsche Körperschaftsteuer umgeht, dabei aber noch im Schwarzwald lebt.

E-MAIL: dullien.sebastian@ftd.de